

INI1: RESOLUTION

Gewalt hat keinen Platz in unserer Demokratie!
Für eine wehrhafte Demokratie und einen starken
Rechtsstaat

Antragsteller: Matthias Dornhuber

Adressat/en: Bezirksparteitag

1 Die zunehmenden gewaltsamen Angriffe auf politische Mandatsträger:innen,
2 Kommunalpolitiker:innen und Helfer:innen im Wahlkampf alarmieren uns. Der
3 schwere Angriff auf den SPD-Europaabgeordneten und Spitzenkandidaten der
4 sächsischen SPD zur Europawahl Matthias Ecke markiert einen traurigen Höhe-
5 punkt dieser Entwicklung. Wir verurteilen diese gewaltsamen Angriffe aufs
6 Schärfste. Die Ausübung demokratischen Engagements für Parteien und Wahl-
7 kämpfe in unserem Land muss sicher sein – 24 Stunden am Tag, 7 Tage die
8 Woche und überall. Sonst ist die Demokratie selbst in Gefahr. Die Gewalt, die wir
9 erleben, entsteht aber nicht von selbst, sondern erwächst aus einem politischen
10 Klima, das Rechtspopulist:innen in den letzten Jahren mit ihren gewaltaffinen und
11 hetzerischen Aussagen systematisch und bewusst geschürt haben. Auch diese
12 demokratiefeindliche Rhetorik verurteilen wir.

13 Wir stehen solidarisch an der Seite aller Betroffenen rechter Hetze und Gewalt
14 und werden auf allen politischen Ebenen dafür kämpfen, diese Gewalt zu ächten,
15 zu verhindern und zu ahnden.

16 **WIR FORDERN:**

17 • die **schnelle und umfassende Aufklärung und Ahndung** der Angriffe auf
18 Politiker:innen und Wahlkampfhelfer:innen durch Polizei und Gerichte. Der
19 Rechtsstaat muss jetzt beweisen, dass er die Demokratie wirksam schüt-
20 zen kann.

21 • die **Entwicklung von Schutzkonzepten** für Wahlhelfer:innen insbeson-
22 dere in den heißen Wahlkampfphasen, aber auch darüber hinaus, durch
23 Polizei und Sicherheitsbehörden.

24 Dazu gehört, Möglichkeiten zu schaffen und technische Lösungen zu ent-
25 wickeln, die eine schnelle Präsenz der Polizei im Einsatzfall sicherstellen,
26 und eine niedrighwellige Erfassungsfunktion von Gewalt gegen Wahlplä-
27 kate, denn die Gewalt gegen Sachen ist ein Schritt zur Gewalt gegen Per-
28 sonen und ihre Erfassung würde ermöglichen, regionale Schwerpunkte
29 und Gefahrenpotentiale vorab zu identifizieren.

30 Dazu gehört auch eine niedrigschwellige Meldefunktion von Äußerungen
31 und Kommentaren im Internet, die zwar die Schwelle zu Beleidigung oder
32 Volksverhetzung nicht überschreiten, aber ein Klima der Angst erzeugen
33 sollen. Sie stellen die Basis für Verrohung und Gewalt dar, auch ihre sys-
34 tematische Auswertung durch die Sicherheitsbehörden würde erlauben, zu
35 einem umfassenden Lagebild möglicher Bedrohungen und Gefährdungen
36 zu gelangen.

37 Wir sind bereit, diese Strukturen gemeinsam mit der Polizei aufzubauen.

- 38 • die **Schaffung eines neuen Straftatbestands**, um im Strafgesetzbuch die
39 Bedrohung von Amts- und Mandatsträgern gesondert zu regeln und/oder
40 die **Verschärfung der Strafen** für Angriffe auf Politiker:innen und Wahlhel-
41 fer:innen sowie die Strafbarkeit der bewussten Verbreitung von Desinfor-
42 mation mit dem Ziel der Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation.

43 **Wir stehen für Demokratie und den friedlichen, gewaltfreien Wettbewerb**
44 **demokratischer Parteien. Wir stehen für einen starken, wehrhaften Rechts-**
45 **staat, der diejenigen schützt, die unsere Demokratie mit Leben erfüllen und**
46 **tragen. Wir werden in Deutschland und in der Europäischen Union Demo-**
47 **kratie und Rechtsstaatsmechanismen stärken.**

48 Wir fordern alle demokratischen Parteien Europas auf, sich klar von rechtspopu-
49 listischen und rechtsextremen Parteien hier und überall in Europa zu distanzieren
50 und jegliche Normalisierung, Zusammenarbeit oder Allianz mit rechtsextremen
51 Kräften entschieden auszuschließen. Die Verharmlosung und Normalisierung
52 von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und ihre Beteiligung an
53 Regierungen muss ein Ende haben.

54 Wir stehen zur Demokratie-Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Europas.
55 Wir werden niemals mit Rechtsextremen zusammenarbeiten oder mit ihnen eine
56 Koalition eingehen.